

Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) am 23./24. Mai 2024 in Bremen

TOP 6.5 Kinder psychisch und suchtkranker Eltern (KpsE)

Beschluss:

Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) fasst folgenden Beschluss:

1. Die JFMK stellt fest, dass sich die Situation von Kindern psychisch und suchtkranker Eltern in den vergangenen Jahren weiter verschärft hat und deshalb verstärkt von Politik und Gesellschaft in den Fokus gerückt werden muss. Bundesweit wächst etwa jeder vierte junge Mensch mit einem psychisch oder suchtkranken Elternteil auf, davon sind circa 15 % Säuglinge und Kleinkinder unter drei Jahren. Wie in der interministeriellen Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona“ herausgearbeitet wurde, haben sich die psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen durch die Corona-Pandemie erneut verschärft. Vor allem bei sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen ist das Risiko für eine psychische Erkrankung deutlich erhöht, wenn die Eltern unter psychischen Beeinträchtigungen leiden (Quelle: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/214866/fbb00bcf0395b4450d1037616450cfb5/ima-abschlussbericht-gesundheitliche-auswirkungen-auf-kinder-und-jugendliche-durch-corona-data.pdf>).
2. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz einige zentrale Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Kinder psychisch und suchtkranker Eltern“ aufgegriffen. Die rechtlichen Änderungen wurden durch die JFMK begrüßt und unterstützt. In vielen Ländern wurden bereits strukturbildende Programme zur Unterstützung und Begleitung der jungen Menschen entwickelt und umgesetzt.

3. Die JFMK fordert die Bundesregierung auf,
 - entsprechend den Empfehlungen der im Auftrag des Bundestages eingesetzten Arbeitsgruppe „Kinder psychisch- und suchtkranker Eltern“ gemeinsam mit den Ländern, den Kommunen und den Sozialversicherungsträgern einen Handlungsrahmen für ein kommunales Gesamtkonzept zur Entwicklung, Umsetzung, Evaluation und Verstetigung der Hilfesysteme für Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern zu erstellen (Quelle: <https://www.ag-kpke.de/wp-content/uploads/2020/02/Abschlussbericht-der-AG-Kinder-psychisch-kranker-Eltern.pdf>, Empfehlung 18).
 - eine gemeinsame Wissensbasis für Länder und Kommunen zu schaffen. Dies kann in Form einer Wissensplattform oder eines regelmäßigen Austauschs unter Beteiligung aller wesentlichen Systeme erfolgen. Zur gemeinsamen Qualitätsentwicklung/-sicherung ist ein bundesweites Monitoring kommunaler Gesamtkonzepte notwendig.
 - eine leistungsbereichsübergreifende, nachhaltige Finanzierung für Unterstützungs- und Versorgungsstrukturen und Angebote für Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern zu schaffen, um den spezifischen Unterstützungsbedarfen gerecht zu werden.
4. Die JFMK betont, dass die Weiterentwicklung der Hilfen für Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern an vorhandenen Strukturen ansetzen muss. Mit dem Aufbau der Frühen Hilfen und dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen haben Bund, Länder und Kommunen bereits hilfesystemübergreifende Strukturen geschaffen, die durch niedrigschwelligen und stigmatisierungsfreien Zugang zu Unterstützungsleistungen einen Beitrag zur Verbesserung der Unterstützung und Versorgung von Kindern aus psychisch und/oder suchtblasteten Familien leisten können. Hieraus ergeben sich auch Anknüpfungspunkte für die Realisierung, und den weiteren Ausbau von Integrierten kommunalen Gesamtstrategien zur Gesundheitsförderung und Prävention (Präventionsketten). Die JFMK bittet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dies bei ihrem weiteren Vorgehen zu berücksichtigen.

5. Die JFMK sieht, dass auch die Gruppe der pflegenden Kinder bislang zu wenig in der Diskussion berücksichtigt wurde, gleichwohl es zur Gruppe der Kinder mit einem psychisch oder suchterkrankten Elternteil eine große Schnittmenge gibt. Pflegende Kinder sind Minderjährige, die kranken Familienmitglieder über das normale Maß hinaus helfen oder diese pflegen. Die JFMK bittet die Bundesregierung darum, aufbauend auf den Erkenntnissen des Studienprojektes „Die Situation von Kindern und Jugendlichen als pflegende Angehörige“ aus dem Jahr 2017 eine bundesweite Studie durchzuführen. Diese sollte auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Zielgruppe beleuchten und umfassendere sowie konkretere Handlungsempfehlungen beinhalten, wie betroffene Kinder und Jugendliche identifiziert und mit Hilfsangeboten erreicht werden können.

Die JFMK bittet die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) sowie die Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK), die Umsetzung dieses Beschlusses im Rahmen ihrer Ressortzuständigkeit zu unterstützen.